



Das Szenario «Krieg» muss wieder gedacht und auch trainiert werden.

● **Soldansätze des Zivilschutzes werden an diejenigen der Armee angepasst.**

● **Der SZSV sucht Köpfe, die in Projektgruppen mithelfen und sich engagieren.**



**SZSV
FSPC
FSPC**

Schweizerischer Zivilschutzverband
Fédération suisse de la protection civile
Federazione svizzera della protezione civile

EDITORIAL

AUS JAHREN WERDEN TAGE ODER STUNDEN

Der 1. Januar 1963 markiert mit dem Bundesgesetz über den Zivilschutz den eigentlichen Beginn des modernen Schweizer Zivilschutzes. Die folgenden Jahre standen klar im Zeichen des kalten Krieges. Demzufolge war der Hauptauftrag des Zivilschutzes nebst dem Bau von Schutzräumen auch die Vorbereitung längerer Aufenthalte in ebendiesen Räumen. Seit den 1990er-Jahren hat sich der Zivilschutz reformiert, heute steht der Schutz der Bevölkerung vor Natur und zivilisationsbedingten Katastrophen im Vordergrund. Konnte man im Leitbild des Bevölkerungsschutzes 2001 noch von einer nicht existierenden Kriegsgefährdung mit einer langjährigen Vorwarnzeit sprechen, sieht die Realität heute leider anders aus. Die aktuellen Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten zeigen, dass es unter Umständen Tage oder sogar nur Stunden gehen kann, bis man in einen Konflikt verwickelt ist.

Die Bevölkerungsschutzkonferenz in Biel wartete mit spannenden und hochaktuellen Themen auf. Nach einem aussagekräftigen Grusswort unserer Bundesrätin Viola Amherd und spannenden Inhalten bezüglich Ukrainekonflikt und Alarmierung waren auch die Schutzräume und Schutzbauten ein wichtiges Thema. Der moderne Zivilschutz, ja der gesamte Bevölkerungsschutz, müssen sich der Realität stellen und sich den aktuellen Herausforderungen anpassen. Dies können grossflächige Evakuierungen, Trümmerrettungen, grösserer Schutz unserer Kulturgüter oder auch der sehr schnelle Bezug unserer Schutzräume sein.

Unsere Verbandspräsidentin Maja Riniker hat aufgrund der aktuellen Erkenntnisse mehrere Vorstösse im Parlament zur Stärkung und Weiterentwicklung des Zivilschutzes eingereicht. Lesen Sie dazu mehr auf Seite 5. Der Blick in die nächste Geländekammer, die Vorsorge und Eventualplanung, sind Pflicht unseres Bevölkerungsschutzes. Hoffen wir, dass die entsprechenden Massnahmen nie gebraucht werden.



Michel Elmer
Vorstandsmitglied
SZSV

michel.elmer@duebendorf.ch

Rede von SZSV-Präsidentin Maja Riniker an der BSK 2023

Das Szenario «Krieg» denken – und auch üben

SZSV-Präsidentin Maja Riniker, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) im Nationalrat, referierte an der Bevölkerungsschutzkonferenz 2023 in Biel am 9. November über «Impulse für die Weiterentwicklung des schweizerischen Bevölkerungsschutzes». In ihre durchaus kritischen Gedanken liess sie auch ihre aktuelle Studie einfließen. «Zivilschutz Schweiz» publiziert die viel beachtete Rede im Wortlaut, in leicht gekürzter Form.

(...) Sie erwarten heute von mir Impulse, wie sich der Bevölkerungsschutz bezogen auf die Schutzräume, die Alarmierung und Evakuierung weiterentwickeln soll. Hätten wir uns vor vier Jahren hier getroffen, und ich hätte Ihnen gesagt, wir müssen dringend die Schutzräume modernisieren, wir müssen wissen, wie wir im Notfall die Bevölkerung evakuieren müssten oder dass wir immer mit dem Szenario einer Teilmobilisierung der Armee oder einem mehrmonatigen Einsatz des Zivilschutzes rechnen müssen – ich bin ziemlich sicher, sie hätten gedacht, die Aargauer Stimmbewölkerung habe nun aber eine komplett durchgeknallte und realitätsfremde Frau neu nach Bern gewählt. Kurz vor Ausbruch der Corona-Pandemie wurde ich von alt Nationalrat Walter Müller angefragt, ob ich seine Nachfolgerin im Präsidium des Schweizerischen Zivilschutzverbandes werden möchte. Wenige Wochen nachher beschloss der Bundesrat das erste von drei Aufgeboten des Zivilschutzes zur Unterstützung des Gesundheitswesens bei der Pandemiebewältigung. Die Welt, respektive die Bevölkerung, lernte mit dieser Krise zu leben. Unser Land bewältigte sie ziemlich gut, aber dann kam schon die nächste. Die Welt, in der wir uns befinden, ist sehr unsicher geworden.

Wenn wir die Antworten anschauen, welche auf die Umfrage aus dem WEF Global Risks Report 2022 gemacht wurde, zeigt dieses Bild klar, dass die Menschen in der Welt beunruhigt sind. 25% sind beunruhigt, über 60% sind verunsichert. Das sind keine guten Aussichten und sie rufen nach Antworten, wie die Institutionen im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Bevölkerung mehr Sicherheit geben können.

(...) Wir müssen uns mit der geopolitischen Instabilität befassen und daraus die rich-

tigen Schlüsse für die Sicherheit und den Bevölkerungsschutz unseres Landes ziehen. Der Krieg hat vielleicht überrascht, unangekündigt war er nicht. Putin war schon lange gefährlich (...) und veröffentlichte im Juli 2021 ein bizarres Statement, das beweisen sollte, dass die Ukraine eigentlich kein Staat sein dürfte, ab Herbst liess er Manöver an der Grenze zur Ukraine auffahren.

Und wir alle erstarren dann eben doch, an diesem Morgen vom 24. Februar 2022. Die Ukrainerinnen und Ukrainer kämpfen für ihr Land und Leben, im gleichen Masse verteidigen sie unser Gesellschafts-Konzept von Freiheit, Offenheit, Demokratie und Rechtsstaat. Wer flüchten konnte und durfte, flüchtete. Wer blieb, geht in den Keller, wenn ein Alarm ertönt. Schutzräume, wie wir diese kennen, sind in der Ukraine nicht im gleichen Ausmass vorhanden.

Krieg ist ein Szenario, welches wir wieder denken und auch üben müssen. Der Bevölkerungsschutz und die Ausbildung muss wieder auf das Szenario Krieg ausgerichtet werden. Das VBS hat sich sehr schnell nach dem Ausbruch des Krieges die Frage gestellt, welche Konsequenzen dieser Krieg auf die Fähigkeiten der Armee und den Bevölkerungsschutz haben wird. Wir können diese Erkenntnisse im Zusatzpapier zum sicherheitspolitischen Bericht nachlesen. Darin ist festgehalten, dass sich «der Bevölkerungsschutz in den letzten Jahrzehnten eher weg von Kriegsszenarien hin zu Katastrophen und Notlagen anderer Ursachen entwickelt». Der Zusatzbericht attestiert, dass Aufgaben, Organisationen und Kompetenzen des Verbundsystems Bevölkerungsschutz künftig auch wieder vermehrt auf einen bewaffneten Konflikt ausgerichtet werden sollen.

Leider fehlt im Bericht die Beschreibung eines existenzbedrohenden Szenarios in

«Im sicherheitspolitischen Bericht fehlt leider die Beschreibung eines existenzbedrohenden Szenarios in seiner ganzen Breite und Skalierung.»

seiner ganzen Breite und Skalierung. Wenn am oberen Ende der möglichen Szenarien der Krieg steht, dann braucht der Bevölkerungsschutz Fähigkeiten, die über das ganze Spektrum skaliert werden können. Entsprechend bleibt gar nichts anderes übrig: Die Nicht-Berücksichtigung ist verantwortungslos gegenüber künftigen Generationen, da es um den Bereich des Gefahren- und Bedrohungsspektrums geht, in dem das Überleben, nicht nur der Bevölkerung, sondern letztlich auch das Überleben des Staates in Frage gestellt wird.

Aus diesem Grund habe ich – privat finanziert – eine Studie in Auftrag gegeben. (...) Aus diesen Erkenntnissen habe ich zusammen mit meinen Co-Autoren Lehren für die Fähigkeiten und Kapazitäten des Schweizerischen Bevölkerungsschutzes gezogen. Es ist leider so: Das Szenario Krieg muss wieder gedacht und auch trainiert werden. Die Inhalte der Ausbildung müssen sich anpassen. Wir müssen viel mehr im grossen Verbund denken und üben. Die Aufgabenteilung bei der Trümmerrettung zwischen der Armee, dem Zivilschutz, den Feuerwehren und dem Gewerbe müssen hinsichtlich eines Notfallszenarios überprüft werden. Ja, wir haben im Zivilschutz sehr gutes Pioniermaterial. Bei einem grossen Naturereignis kommt relativ schnell die Feuerwehr auf den Platz, der Zivilschutz mit grossem Pioniermaterial und auch bald die lokalen Bauunternehmen mit grösseren Baumaschinen. Nun, dieses Zusammenspiel in einem sehr unschönen Szenario könnten wir bewältigen und haben auch schon bewiesen, dass wir dies können. Im Verteidigungsfall ist der Baggerfahrer aber nicht beim Bauunternehmen im Emmental. Dann ist er eingezogen.

Wenn die Geschehnisse in der Ukraine – ohne die Wahrscheinlichkeit der politischen Plausibilität zu bemühen, da ein solches Szenario auch unsere Nachbarstaaten betreffen und entsprechende Wechselwirkungen beispielsweise in Fluchtbewegungen nach sich ziehen würde – auf die Schweiz heruntergebrochen werden, ergibt sich ein mögliches Bild.

In ähnlichem Massstab zum Ukraine-Krieg wären bei uns als Beispiel:

- 20% der Fläche der Schweiz wäre besetzt, so die Kantone St. Gallen, Thurgau, beide Appenzell, Schaffhausen, Zürich inklusive Stadt Zürich, Teile des Aargaus sowie die grossen Täler Graubündens. Entsprechend läge ein beachtlicher Teil des Industriepotentials der Schweiz entweder in besetztem Gebiet oder an den wechselnden Frontverläufen.
- 1,7 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner müssten fluchtartig das Land verlassen und befänden sich grösstenteils im angrenzenden

Ausland – davon schätzungsweise 0,5 Mio. in feindlichem Gebiet.

- 1,5 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner wären Binnenflüchtlinge und hätten in weniger betroffenen Regionen der Schweiz Unterschlupf gefunden.
- Jeden Monat würden über 50 Zivilistinnen und Zivilisten an direkter oder indirekter Einwirkung durch kriegerische Gewalt sterben.
- Sämtliche Städte im noch freien Gebiet der Schweiz von Genf bis nach Brugg kurz vor der Front beim Wasserschloss (...) sowie die Energieinfrastruktur in diesem Raum wären periodisch nächtlichen Bombardements durch Marschflugkörper und ballistischen Raketen ausgesetzt.



Auch Bundesrätin und VBS-Vorsteherin Viola Amherd sprach an der Bevölkerungsschutzkonferenz.

- Als Folge dieser Einwirkungen wären Millionen Menschen immer wieder von Trinkwasser, Lebensmittelversorgung, Elektrizität, Mineralöl, Gas und Telekommunikation abgeschnitten.
- Das Kernkraftwerk Beznau wäre besetzt. Das Gelände käme immer wieder unter Artilleriebeschuss; mehrfach müssten Brände gelöscht werden und in der Folge würden die beiden Leichtwasserreaktoren vom Netz getrennt werden. Die Besorgnis eines nuklearen Zwischenfalls würde täglich wachsen.
- Die zivilen Rettungs- und Hilfsorganisationen wären vollständig ausgelastet und hätten Schwierigkeiten, die Durchhaltefähigkeit sicherzustellen. Ebenso überlastet wäre die zivile Gesundheitsinfrastruktur, die insbesondere unter Lieferengpässen bei lebensrettenden Medikamenten leiden würde.
- Die Landesversorgung würde zu grossen Teilen auf internationalen Hilfslieferungen beruhen. Diese kämen praktisch nur noch über die A40/A1 via Genf sowie über noch bestehende Eisenbahnverbindungen im Süden und Nordwesten über die Landesgrenze hinein.
- Mehr als 80 km² an Naturschutzgebieten wären durch den Krieg zerstört. An Wiedererstellung wäre aktuell nicht zu denken; im

Gegenteil, aufgrund der knappen Energielage würden die Restriktionen für den Holzschlag deutlich gelockert werden.

- Historisch wertvolle Kulturgüter, die eine wichtige Rolle für die kulturelle Identifikation der Schweiz bilden, aber auch zeitgenössische Kunst, wären unter dem Deckmantel der «Rückholung» mutmasslich gestohlen worden. (...)

Die Frage ist nicht, wie plausibel dieses Szenario ist. Die Frage ist, ob die Schweiz über die Kraft und entsprechende Vorbereitungen verfügt, ein Szenario von ähnlicher Grössenordnung mit ähnlich vielschichtigen Auswirkungen durchzustehen. Entscheidend ist

es, zu erkennen, welchen Bedrohungen wir im modernen Konfliktfall gegenüberstehen könnten. – Aus politischen, finanziellen und anderen Überlegungen kann dann immer noch entschieden werden, sich als Staat nur für Teilbereiche oder für reduzierte Grössenordnungen vorzubereiten.

Die wichtigsten Erkenntnisse, die wir Studienautoren gezogen haben, sind diese: Grossflächige Evakuationen stellen die Behörden vor ausserordentliche Herausforderungen. Das aktuelle Evakuationszenario, das durchdacht und als Stabsrahmenübung trainiert wurde, basiert auf einem KKW-Unfall in der Schweiz. Das Szenario ist eine Reminiszenz an die Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011. In seiner ärgsten Auswirkung beschreibt das Konzept eine grossflächige Evakuierung bei einem KKW-Unfall mit Austritt von Radioaktivität an die Umwelt. Im Fall des KKW Mühleberg (mittlerweile in Stilllegung) würde die Evakuierung rund 600 000 Personen der ständigen Wohnbevölkerung betreffen. Der Unterschied dieses Szenarios gegenüber einem militärischen Angriff ist, dass es sich geographisch einermassen festlegen und entsprechend besser planen lässt. Es wäre wichtig, wenn sich die

Behörden auch Gedanken über ein Szenario mit grösseren Mengengerüsten machen würden: 1,5 Mio. Binnenflüchtlinge und 1,7 Mio. Flüchtlinge jenseits der Landesgrenze – so könnte es, wie vorhin schon erwähnt, sein, wenn eine vergleichbare Personenanzahl evakuiert werden sollte.

Zu den Plattformen haben wir diese Überlegungen gemacht:

Die staatlichen Rettungs- und Schutzorganisationen können über eine längere Zeitperiode nur beschränkt mit den Ereignissen mithalten. Die Bedürfnisse und die Nachfrage nach Hilfe sind grösser und komplexer, als dass der Staat sie alleine bewältigen kann. Was vor 30 Jahren vermutlich noch funktioniert hätte, geht heute aufgrund der fortgeschrittenen Vernetzung auf wirtschaftlicher und technologischer Ebene kaum mehr. Der Ukrainekrieg zeigt: In die Lücken, die der Staat nicht abdecken kann, springen staatliche Hilfswerke, private ad-hoc Initiativen und NGOs. Letztere sind nicht nur etablierte NGOs, sondern auch Grassroot-NGOs aus der Ukraine und dem Ausland. Diese verfügen über unterschiedliche Fokussierungen, Grössen und Organisationsgrade.

Für die Weiterentwicklung der Strategie des Bevölkerungsschutzes in der Schweiz sollte die Skalierung der Leistungen durch Einbezug ausländischer staatlicher Akteure und diversen nicht-staatlichen Akteuren, die heute teilweise (noch) nicht einmal existieren, in den Fokus rücken. Machbar würde dies, wenn eine Plattform-Strategie entwickelt werden würde. Eine Plattform-Strategie bedeutet, dass der Bevölkerungsschutz die Fähigkeit entwickelt, Nachfrage und Angebote zusammenführen zu können: Wer benötigt wo, was, wann und in welcher Quantität? In unüberschaubaren Situationen herrschen Informationsdefizite und Unsicherheiten. Kommunikationslinien sind unterbrochen, Verkehrswege nur bedingt befahrbar, die Sicherheitslage ist ungewiss. Das Matching von Angebot und Nachfrage kann dabei mehr oder weniger koordiniert erfolgen. Dabei wäre essenziell, dass Angebot und Nachfrage derart offen und realistisch dargestellt würden und Anbieter und Nachfrager ohne Hürden an die Plattform andocken könnten.

Einige Worte zu den Kulturgütern:

Der Ukrainekrieg zeigt, dass die Haager-Konventionen über den Schutz von Kulturgütern bei bewaffneten Konflikten ein wichtiges Instrument für vorbereitende Schutzmassnahmen, sowie zur Gestaltung von Verhaltensnormen für die eigenen Truppen darstellt. Wenn der Gegner sich jedoch trotz Adaption nicht um solche Normen kümmert, verfällt die gegenseitige Verlässlichkeit, die

eine Konvention voraussetzt.

Bezüglich mobiler Kulturgüter gibt es entsprechend zwei Taktiken:

1. Vertikale Evakuierung in Schutzräume – der Ukraine-Krieg lehrt einmal mehr, dass bei der vertikalen Evakuierung schlussendlich das Prinzip Hoffnung herrscht, dass die Geschichte so verläuft, dass zu einem in der Zukunft liegenden Zeitpunkt eine Restitution gestohlener Kulturgüter als richtig anerkannt und umgesetzt wird.
2. Die zweite Taktik ist die Möglichkeit, die Güter trotz der Risiken langer Transporte in sichere Gebiete zu evakuieren und sie so auch dem Zugriff vor Raub und Diebstahl zu entziehen – möglicherweise sogar in ausländische Bergungsorte, zu deren treuhänderischer Aufbewahrung. Wie bei allen solchen Operationen wird es nicht funktionieren, wenn es zuvor nicht trainiert wurde.

Lassen Sie mich einige Ausführungen zur Alarmierung und den Schutzräumen machen. Im Zusatzbericht zum sicherheitspolitischen Bericht 2021 wird angedeutet, dass die Betreuungskompetenzen im Zivilschutz für den

möglich für die Trümmerrettung und Sanität heranzuführen zu können.

Entsprechend ist wichtig, dass

1. ausreichend Kapazität an Schutzinfrastruktur vorhanden ist und die Schutzräume vorbereitet sind,
2. bei Bedrohung lokal und kurzfristig über mögliche Einschlagszonen alarmieren zu können. Prioritäre Zielsetzung muss sein, dass diese sich lokal und kurzfristig in Schutzräume begeben können. Damit kann dem Gewöhnungseffekt vorgebeugt und die Disziplin aufrechterhalten werden.
3. der Weg zum naheliegendsten Schutzraum angegeben werden kann, abhängig vom aktuellen Standort der alarmierten Person. Es ist eine geplante, wie eine dynamische Zuweisung anzustreben, die je nach örtlicher Sicherheitslage beigezogen werden kann. Entsprechend ist das heutige, auf dem Wohnort basierende Schutzraumkonzept den dynamischen Bevölkerungsbewegungen anzupassen. Der Wohnort ist bei einem Alarm möglicherweise nicht der gleiche Ort. Der Arbeitsort ist oftmals nicht der Wohnort, und der aktuelle Aufenthaltsort ist auch nicht der

Schlussfolgerungen aus der Studie von Maja Riniker

SZSV-Präsidentin Maja Riniker hat den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zum Anlass genommen, eine privat finanzierte Studie zu erstellen, die eine Analyse der Auswirkungen des Krieges auf die ukrainische Bevölkerung und die daraus abzuleitenden Folgen für den hiesigen Bevölkerungsschutz vornimmt. Für die FDP-Sicherheitspolitikerin ist klar: Es liegt in der Verantwortung der Schweiz, den Bevölkerungsschutz auch auf das Szenario eines Krieges vorzubereiten und so die eigene Bevölkerung zu schützen. Dies bedingt laut ihr zwingend Anpassungen der strategischen Grundlagen:

- Evakuierungsszenarien sind in massiv grösserem Massstab zu denken und zu planen.
- Die Skalierung und Vernetzung der Leistungen durch NGOs und Freiwillige soll über eine Plattform ermöglicht werden.
- Es soll geprüft werden, ob bestehende Plattformen – wie das Ressourcenmanagement Bund – genutzt beziehungsweise erweitert werden könnten.
- Die horizontale Evakuierung von mobilen Kulturgütern über grössere Distanzen sollte geplant und geübt werden.

Link zur Studie: www.szsv-fspc.ch/studie oder QR-Code.



Fall des angeordneten Schutzraumbezuges gestärkt werden müssen. Betreuungskompetenzen!

Es ist fraglich, ob dies die richtige Konsequenz aus den Erkenntnissen des Ukrainekrieges ist und die vordringlichste Priorität hat. Bezüge von Schutzräumen erfolgen für das Gros der Bevölkerung meist kurzfristig, und solange keine akute ABC-Gefahr besteht, auch nur auf sehr beschränkte Zeit, nämlich so lange, bis die Geschosse abgefangen wurden oder detoniert sind. Betreuung steht hier nicht im Vordergrund. Daher geht es nach einer lokalen Alarmierung darum, möglichst bereit und genügend mobil zu sein, um nach Einschlägen so viel Personal und Geräte wie

Wohnort. Hier bieten neue Technologien neue Möglichkeiten, wir müssen diese zwingend nutzen und trainieren.

Bezüglich des Leistungsprofils des Zivilschutzes ist angesichts der Verheerungen, welchen die ukrainische Zivilbevölkerung ausgesetzt ist, zu postulieren, dass eine Stärkung lebensrettender Kompetenzen von eminenter Bedeutung ist.

Und jetzt – was unternimmt die Politik? Basierend auf den eben erläuterten Erkenntnissen aus der Studie habe ich im Nationalrat einige Vorstösse dazu eingereicht (siehe Box oben). Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament, das Postulat zu den Evakuierungsszenarien

Vorstösse der SZSV-Präsidentin im Parlament

- 16.06.2022: Motion, Den Schweizer Zivilschutz stärken durch eine effiziente Beschaffung der persönlichen Ausrüstung.
- 15.06.2023: Postulat, Evakuations Szenarien müssen im massiv grösseren Massstab gedacht und geplant werden.
- 15.06.2023: Postulat, Mehr Schutz von Kulturgütern in der Schweiz.
- 13.06.2023: Interpellation, Die Fähigkeitsanalyse Zivilschutz soll um die Szenarien «kriegerische Handlungen» und «Trümmerrettung» ergänzt werden.
- 13.06.2023: Interpellation, Skalierung von bestehenden Plattformen für den Bevölkerungsschutz prüfen und die notwendigen Vorbereitungen treffen.

anzunehmen. Der Nationalrat hat schon zugestimmt. Jetzt ist der Ständerat dran. Hingegen empfiehlt der Bundesrat das Postulat zum verstärkten Kulturgüterschutz nicht zur Annahme. Aus Sicht des Bundesrates werden aktuell ausreichend Massnahmen getroffen, um das schweizerische Kulturgut im Falle eines bewaffneten Konflikts, einer Katastrophe oder Notlage adäquat zu schützen. – Ich sehe dies anders. Nun werden wir bei der Debatte (...) sehen, ob eine Mehrheit es wie der Bundesrat oder wie ich sieht.

«Plattform-Strategie heisst: Der Bevölkerungsschutz entwickelt die Fähigkeit, Nachfrage und Angebote zusammenführen zu können. Wer benötigt wo, was, wann und in welcher Qualität?»

Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Fähigkeitsanalyse Bevölkerungsschutz zu beleuchten, ob und inwieweit ein Ausbau der Leistungen des Zivilschutzes im Bereich der Trümmerrettung für den Fall eines bewaffneten Konfliktes nötig wäre. Die Antworten zur Plattformfrage hat der Bundesrat in erster Linie stringent beantwortet. Er teilt die Meinung, dass auf bestehenden Plattformen aufgebaut werden muss. Das Informationsmanagementsystem Ressourcen (iRES) steht den Kantonen und Bundesstellen zur Verfügung. Ein Zugang für NGOs und Freiwillige zu iRES ist aktuell hingegen nicht vorgesehen. Diese Option wird jedoch aufgrund der Erfahrungen im Ukraine-Krieg zu überprüfen sein. Hier muss jemand in einem, zwei Jahren sich noch daran erinnern, dass man hinschauen muss. Ich gebe mir alle Mühe. Das ist die Knochenarbeit als Parlamentarierin.



SZSV-Präsidentin Maja Riniker während ihrer Rede an der BSK 2023 in Biel.

Bilder: BABS/DMA

Schade ist es aber dennoch, wenn diverse Akteure ein gemeinsames Ziel verfolgen, wie die als erstes aufgeführte Motion aus dem Jahr 2022. Von Seiten der Amtsdirektoren, den Kantonen sowie der RK MZF wurde der starke Wunsch nach einer einheitlichen Beschaffung und Finanzierung der Persönlichen Schutzbekleidung gefordert. Ich hatte Freude, dass ich über alle Parteien Kolleginnen und Kollegen für unser Anliegen gewinnen konnte, die Motion passierte den Nationalrat mit deutlichen 121 Ja bei 66 Nein-Stimmen. Leider aber beurteilte der Ständerat dies anders. Er hat den Vorstoss versenkt und argumentierte, dass mit der Reform des Zivilschutzes 2004, gestützt auf den nationalen Finanzausgleich, ein Wechsel von der Beitrags- zur Zuständigkeitsfinanzierung statt-

fand. (...) Und so wird eine sehr gut gemeinte und auch gewollte Idee nicht umgesetzt. Das ist auch Politik.

Ich hoffe, dass die Krisen weniger werden. Die Notwendigkeit des Zivilschutzes ist aber unbestritten. Ich werde mich in der kommenden Legislatur bei den wichtigen Fragestellungen zur Alimentierung und den Dienstsystemen weiterhin engagiert für die Anliegen des Zivilschutzes einsetzen. Ich hoffe und wünsche es uns – und unserer Bevölkerung und unserem Land, dass dies die einzige dringende Herausforderung, das einzige dringende Geschäft der nächsten Legislatur bleiben wird. (...) Hier setze ich auf Ihre Unterstützung – wir brauchen jede Stimme von Ihnen bei der Debatte in der Öffentlichkeit.

Soldansätze des Zivilschutzes werden an Armee angepasst

Der SZSV begrüsst «logischen Entscheid» des Bundesrates

Die Höhe des Soldes für Schutzdienstpflichtige orientiert sich am Sold der Armeeangehörigen. Weil im November 2022 die Soldansätze in der Armee erhöht wurden, bestehen heute Differenzen in der Entschädigung. Aus Gründen der Gleichbehandlung werden die Soldansätze des Zivilschutzes nun an diejenigen der Armee angepasst und leicht erhöht. Dies hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 1. November 2023 beschlossen und die dafür notwendige Änderung der Zivilschutzverordnung

per 1. Januar 2024 in Kraft gesetzt.

Der Schweizerische Zivilschutzverband (SZSV) begrüsst selbstverständlich diesen Entscheid der Landesregierung. «Die Erhöhung der Soldansätze des Zivilschutzes ist nur logisch und folgerichtig», betont SZSV-Präsidentin Maja Riniker. Spätestens seit den landesweiten, vielfältigen Einsätzen der Zivilschutzangehörigen im Rahmen der Pandemie und später bei der Betreuung

von Flüchtenden aus der Ukraine wisse die Schweizer Bevölkerung um das grosse Engagement und die Qualitäten des Zivilschutzes in unserem Land.

Bei den heutigen Beständen und Dienstagen führt die vorliegende Änderung der Zivilschutzverordnung zu zusätzlichen Kosten von rund 1,3 Millionen Franken jährlich. Diese Kosten trägt die anbietende Stelle, normalerweise die Kantone.

SZSV an der BSK bestens präsent

An der BSK in Biel war auch der SZSV mit einer stattlichen Delegation vertreten. Verbandspräsidentin Maja Riniker, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) im Nationalrat, sprach in ihrem Referat über «Impulse für die Weiterentwicklung des schweizerischen Bevölkerungsschutzes» und ging in diesem Zusammenhang auch auf ihre im Spätsommer publizierte und privat finanzierte Studie ein, welche diese Thematik – auch mit Blick auf die Folgen des Ukrainekrieges für unser Land – aufnimmt. SZSV-Vorstandsmitglied Daniel Jordi, Chef Geschäftsbereich Zivilschutz und Ausbildung beim BABS, sprach an der BSK über das Thema Schutzbauten. Ebenfalls an der Konferenz nahmen aus den Reihen des Verbandes SZSV-Vizepräsident Guido Sohm und die Vorstandsmitglieder Michel Elmer, Sascha Plattner und Frédéric Voirol teil.

Auf dem Bild (von links): Michel Elmer, Maja Riniker, Guido Sohm und Frédéric Voirol.

Nicht auf dem Bild sind Daniel Jordi und Sascha Plattner.



Engagierte Köpfe für Projektgruppen gesucht

Am Vormittag des 25. Januar 2024 findet in Olten die allererste Kommandantenkonferenz (KoKo) statt. Dieses neue Organ ist ein wichtiger Bestandteil der per Anfang 2024 in Kraft tretenden neuen Strukturen des SZSV, wie sie die GV Ende März gutgeheissen hat. Mit der KoKo und durch das Einsetzen thematischer ad hoc-Projektgruppen sollen sich künftig Mitgliederversammlung und Vorstand möglichst direkt und regelmässig miteinander austauschen und aktuelle Themen aufnehmen und diskutieren können.

Das ist aber nur möglich, wenn wir zahlreiche engagierte Köpfe finden, die in diesen Projektgruppen mithelfen, sich engagieren, ihr Wissen und ihre Erfahrungen einbringen. Wer hat Lust und möchte sich die Zeit dafür nehmen, in einer solchen Projektgruppe mitzumachen? Interessierte melden sich bitte direkt bei Guido Sohm: guido.sohm@steffisburg.ch oder Tel. 079 344 80 02. Es ist wichtig, dass wir die Zukunft breit abgestützt angehen können. Vielen Dank deshalb schon im Voraus für eure Rückmeldungen.

AGENDA

- **Donnerstag, 25. Januar 2024**
Kommandantenkonferenz in Olten
- **Freitag, 26. April 2024**
Generalversammlung in St. Gallen
- **Dienstag, 7. Mai 2024**
Fachtagung des SZSV in Olten

EDITORIAL

QUAND LES ANNÉES DEVIENNENT DES JOURS OU DES HEURES

L'entrée en vigueur de la loi fédérale sur la protection civile le 1er janvier 1963 marque le véritable début de la protection civile suisse moderne. Les années suivantes ont été placées sous le signe de la guerre froide. En conséquence, la mission principale de la protection civile consistait alors à construire des abris et à y préparer des séjours prolongés. La réforme de la protection civile a été lancée dans les années 1990 et la priorité est aujourd'hui donnée à la protection de la population contre les catastrophes naturelles et anthropiques. Si, dans le plan directeur de la protection de la population de 2001, on pouvait encore parler d'un risque de guerre inexistant accompagné d'un long délai de préalerte, la réalité est malheureusement bien différente aujourd'hui. Les conflits actuels en Ukraine et au Proche-Orient montrent que, dans certaines circonstances, il peut se passer quelques jours, voire seulement quelques heures, avant d'être impliqué dans un conflit. La conférence de la protection de la population qui s'est tenue à Bienne a abordé des sujets passionnants et très actuels. Après un mot de bienvenue éloquent de la conseillère fédérale Viola Amherd et des exposés passionnants concernant le conflit ukrainien et l'alarme, le thème des abris et des ouvrages de protection a également été abordé. La protection civile moderne, et l'ensemble de la protection de la population, doivent faire face à la réalité et s'adapter aux défis actuels, qu'il s'agisse d'évacuations à grande échelle, de sauvetages dans les décombres, de la protection des biens culturels ou encore de l'occupation à court terme des abris.

Sur la base des connaissances actuelles, la présidente de la FSPC, Maja Riniker, a déposé plusieurs interventions au Parlement afin de renforcer et de développer la protection civile. Un exposé complet du sujet vous est proposé à la page 9.

L'anticipation, la préparation et la planification prévisionnelle constituent la base de notre système de protection de la population. Il ne reste qu'à espérer que les mesures prévues ne seront jamais nécessaires.

*Michel Elmer,
membre du comité de la FSPC*

Exposé de la présidente de la FSPC
Maja Riniker à l'occasion de la CPP 2023

Il faut repenser à la guerre. Et s'y préparer !

La présidente de la FSPC Maja Riniker, membre de la Commission de la politique de sécurité (CPS) du Conseil national, a tenu un exposé intitulé « Impulsions pour le développement de la protection de la population suisse » lors de la Conférence de la protection de la population 2023, le 9 novembre à Bienne. Elle a intégré l'étude qu'elle mène actuellement sur le sujet dans ses réflexions critiques. « Protection civile suisse » publiée, dans une version légèrement abrégée, le texte de cette intervention très remarquée.

(...) Vous attendez de moi des impulsions pour définir l'avenir de la protection de la population dans les domaines des abris, de l'alarme et de l'évacuation. Si nous nous étions rencontrés il y a quatre ans et que je vous avais dit alors qu'il faut de toute urgence moderniser les abris, que nous devons savoir comment évacuer la population en cas de nécessité ou que le scénario d'une mobilisation partielle de l'armée et d'un engagement de plusieurs mois de la protection civile était toujours d'actualité... vous auriez sans doute pensé, j'en mets ma main au feu, que les électrices et électeurs d'Argovie ont envoyé à Berne une représentante complètement à côté de la plaque. Peu de temps avant la pandémie de COVID-19, l'ancien conseiller national Walter Müller m'avait demandé si je voulais lui succéder à la tête de la Fédération suisse de la protection civile. Quelques semaines plus tard, le Conseil fédéral prenait son premier arrêté de mise sur pied de la protection civile en soutien au système de santé publique. Le monde et la population ont appris à vivre avec cette crise. Notre pays s'en est plutôt bien tiré, mais à peine étions-nous de retour à la normale que la crise suivante survenait. Le monde dans lequel nous vivons est devenu très imprévisible.

Les réponses au sondage du WEF Global

Risks Report 2022 montrent bien l'inquiétude générée par la situation dans le monde: 25% des personnes interrogées se disent inquiètes, plus de 60% sont désorientées. Ces perspectives ne sont pas réjouissantes. La population a besoin de savoir comment les institutions peuvent lui fournir davantage de sécurité dans la mesure de leurs possibilités. (...) Nous devons nous pencher sur l'instabilité géopolitique et en tirer les conclusions qui s'imposent pour la sécurité et la protection de la population de notre pays. La guerre nous a peut-être surpris, mais elle n'était pas pour autant imprévisible. Cela fait longtemps que Poutine représente une menace. (...) En juillet 2021, il a fait une déclaration étrange censée prouver que l'Ukraine n'a pas vraiment le droit d'être un État et, l'automne de la même année, il organisait des manœuvres à la frontière.

Et pourtant, nous avons tous été sidérés ce matin du 24 février 2022.

Les Ukrainiennes et les Ukrainiens se battent pour leur pays et pour leur vie. Ils défendent une même conception que la nôtre, celle d'une société ouverte, libre et démocratique et d'un État de droit. Celles et ceux qui pouvaient prendre la fuite et en avaient le droit l'ont fait. Les autres, restés sur place, descendent à la cave lorsqu'il y a une alarme. En Ukraine, on ne trouve pas partout des abris comme ceux que nous connaissons.

La guerre est un scénario auquel nous devons réfléchir et nous exercer. La protection de la population et la formation doivent le réintégrer dans leurs plans. Dès le début du conflit, le DDPS s'est demandé quelles pourraient être ses conséquences sur les capacités de l'armée et de la protection de la population. Le produit de ces réflexions figure dans le rapport complémentaire sur la politique de sécurité. Il y est notamment dit que « au cours des dernières décennies, la protection de la population a eu tendance à s'éloigner des scénarios de guerre pour se concentrer sur les catastrophes et les situations d'urgence causées par d'autres facteurs ». Le rapport complémentaire affirme que les tâches, les organisations et les compétences du système coordonné de protection de la population devront à l'avenir être davantage axées sur un conflit armé.

La description d'un scénario menaçant l'existence même de la Suisse, dans toute son ampleur et son échelle de gravité, fait malheureusement défaut dans ce rapport. Si la guerre constitue le scénario extrême, la protection de la population a besoin des capacités nécessaires à tous les niveaux de l'échelle. Il n'y a donc pas d'autre choix: ne pas en tenir compte serait une attitude irresponsable vis-à-vis des générations futures, car on

se trouve à un niveau de danger et de menace tel qu'il n'est plus seulement question de la survie de la population; la pérennité de l'État est elle-même remise en question.

C'est pour cette raison que j'ai commandé une étude, financée par des fonds privés. (...) J'en ai tiré, avec mes coauteurs, des conclusions pour les capacités de la protection de la population.

Malheureusement, ces conclusions sont les suivantes: il faut remettre le scénario de conflit armé sur le métier, en théorie et en pratique. Et adapter le contenu de la formation: nous devons

agrandir le cercle des participants, aussi bien au stade de la réflexion qu'à celui des exercices. S'agissant du sauvetage dans les décombres, la répartition des tâches entre l'armée, la protection civile, les sapeurs-pompiers et les entreprises mérite d'être mise à l'épreuve d'un scénario d'urgence. Certes, la protection civile est très bien dotée en matériel de pionniers. En cas d'événement naturel majeur, les sapeurs-pompiers arrivent relativement vite sur place, suivis de la protection civile puis des entreprises locales avec leurs engins lourds. Nous avons déjà prouvé que nous pouvons maîtriser ces interactions dans des situations très critiques. Mais lors d'un conflit armé, le conducteur de pelleteuse n'est pas dans son entreprise de construction de l'Emmental. Il est sous les drapeaux!

On peut se faire une idée des conséquences d'un tel conflit pour notre pays en ramenant à

la Suisse les événements auxquels doit faire face l'Ukraine actuellement, en faisant abstraction de la plausibilité sur le plan politique, car un tel scénario impliquerait nos voisins, par exemple en ce qui concerne les mouvements de fuite.

À une échelle similaire à celle de la guerre en Ukraine, voici quelques exemples de répercussions sur la Suisse:

- 20% de la surface du pays serait occupée, par exemple les cantons de Saint-Gall, Thurgovie, Appenzell Rhodes Intérieures et Extérieures, Schaffhouse, Zurich (ville comprise), une partie de l'Argovie et les principales vallées des Grisons. Une grande partie du potentiel industriel de la Suisse serait en zone occupée ou sur des lignes de front qui évoluent constamment.
- 1,7 million de personnes devraient fuir la Suisse et se retrouveraient pour la plupart dans les pays voisins, dont 0,5 million approximativement en territoire ennemi.
- 1,5 million de personnes trouveraient refuge à l'intérieur du pays, dans les régions moins touchées.
- Chaque mois, la guerre causerait la mort, directement ou indirectement, de plus de 50 civils.
- Toutes les villes en zone non occupée, de Genève à Brugg, près du front situé dans la région du confluent de l'Aar, de la Reuss et de la Limmat (...) et les infrastructures énergétiques seraient les cibles périodiques de bombardements nocturnes par des missiles de croisière ou balistiques.
- En conséquence, des millions de personnes

« La description d'un scénario menaçant l'existence même de la Suisse, dans toute son ampleur et son échelle de gravité, fait malheureusement défaut dans le rapport sur la politique de sécurité. »

Conclusions de l'étude de Maja Riniker

Dans le cadre de l'attaque de la Russie contre l'Ukraine, Maja Riniker, présidente de la FSPC, a élaboré une étude financée par des fonds privés qui analyse les conséquences de la guerre sur la population ukrainienne et les conclusions que l'on peut en tirer pour la protection de la population suisse. Maja Riniker, qui s'engage pour la politique de sécurité au sein du PLR, en est convaincue: la Suisse doit préparer son système de protection de la population au scénario de la guerre afin de protéger sa population. Pour ce faire, certaines bases stratégiques doivent être adaptées:

- les scénarios d'évacuation doivent être pensés et planifiés à une échelle beaucoup plus large;
- une plateforme devrait permettre le redimensionnement et la mise en réseau des services fournis par les ONG et les bénévoles;
- il convient d'examiner si les plateformes existantes, telles que la gestion fédérale des ressources, peuvent être utilisées ou étendues;
- l'enlèvement horizontal de biens culturels meubles sur de grandes distances devrait être planifié et exercé.

Lien vers l'étude en allemand: www.szsv-fspc.ch/studie ou code QR.



Interventions parlementaires de la présidente de la FSPC

- 16.06.2022: motion « Renforcer la protection civile en rationalisant l'acquisition de l'équipement personnel »
- 15.06.2023: postulat « Penser et planifier les scénarios d'évacuation à une échelle beaucoup plus large »
- 15.06.2023: postulat « Pour une meilleure protection des biens culturels en Suisse »
- 13.06.2023: interpellation « Compléter les capacités de la protection civile par les scénarios actes de guerre et sauvetage dans les décombres »
- 13.06.2023: interpellation « Examiner le redimensionnement des plateformes existantes pour la protection de la population et effectuer les préparatifs nécessaires »



La présidente de la FSPC Maja Riniker pendant son intervention à la CPP 2023 à Bienne.

BABS/DMA

seraient régulièrement privées d'eau potable, d'approvisionnement en denrées alimentaires, d'électricité, de pétrole, de gaz et de télécommunications.

- La centrale nucléaire de Beznau serait occupée. Le site serait régulièrement soumis à des tirs d'artillerie ; des incendies éclateraient à plusieurs reprises et, par la suite, les deux réacteurs à eau légère seraient déconnectés du réseau. La crainte d'un incident nucléaire augmenterait chaque jour.

- Les organisations de secours civiles seraient surchargées et auraient des difficultés à assurer la relève. Les infrastructures de la santé publique seraient elles aussi saturées et souffriraient en

particulier de difficultés d'approvisionnement en médicaments vitaux.

- L'approvisionnement du pays reposerait en grande partie sur l'aide internationale, qui ne serait pratiquement plus acheminée que par l'A40/A1 via Genève et les liaisons ferroviaires encore en service au sud et au nord.

- Plus de 80 km² de zones naturelles protégées seraient détruites par la guerre. Il ne serait pas envisageable de les reconstituer dans l'immédiat. Au contraire, la pénurie d'énergie entraînerait un assouplissement des restrictions en matière de coupes de bois.

- Des biens culturels de grande valeur historique, jouant un rôle important dans l'identité culturelle de la Suisse, mais aussi des œuvres d'art contemporain auraient été dérobés sous prétexte de « récupération ».

L'important, ce n'est pas la plausibilité de ce scénario. Ce qui compte, c'est de savoir

si la Suisse est préparée à faire face à des événements de cet ordre de grandeur ayant des conséquences multiples. Il importe en particulier d'identifier les menaces auxquelles nous pourrions être confrontés dans un conflit moderne. Les pouvoirs publics peuvent toujours ensuite décider d'axer leur préparation sur certains aspects seulement ou de réduire celle-ci, que ce soit pour des raisons politiques, financières ou autres.

Les principaux enseignements que nous avons tirés dans le cadre de notre étude sont les suivants :

« Une stratégie de plateforme, cela signifie que la protection de la population développe la capacité de réunir l'offre et la demande : qui a besoin de quoi, où, quand et combien ? »

Les évacuations à grande échelle posent des défis extraordinaires aux autorités. Le scénario actuel, qui a été conçu comme un exercice cadre d'état-major, se fonde sur un accident dans une centrale nucléaire suisse. C'est une réminiscence de la catastrophe de Fukushima en 2011. Dans ses conséquences les plus graves, le concept décrit une évacuation à grande échelle en cas d'accident dans une centrale nucléaire avec fuite de radioactivité dans l'environnement. Dans le cas de la centrale de Mühleberg, désaffectée depuis, l'évacuation concernerait environ 600 000 personnes habitant à proximité. La différence de ce scénario avec une attaque militaire, c'est qu'il est délimité géographiquement et donc plus prévisible. Les autorités devraient aussi envisager l'évacuation d'un nombre de personnes sensiblement plus important, de l'ordre de 1,5 million de réfugiés à l'intérieur du pays et 1,7 million fuyant à l'étranger.

Au sujet des plateformes, nous avons fait les réflexions suivantes :

Les capacités des organisations publiques

de sauvetage et de protection sont limitées s'il s'agit d'intervenir sur une longue période. De par leur ampleur et leur complexité, les besoins et la demande en matière d'aide dépassent les possibilités des pouvoirs publics. Ce qui pouvait encore fonctionner il y a 30 ans est aujourd'hui dépassé en raison des interconnexions croissantes au plan économique et technologique.

Comme on peut le voir en Ukraine, les organisations d'aide gouvernementales, les initiatives privées et les ONG s'engouffrent dans les lacunes que l'État ne peut pas combler. Il ne s'agit pas que d'ONG établies mais aussi d'associations locales ou étrangères dont les objectifs, la taille et le degré d'organisation varient.

Pour développer la stratégie de la protection de la population en Suisse, il faudrait mettre l'accent sur la montée en puissance des prestations en y associant les acteurs étatiques étrangers et divers acteurs non-étatiques dont certains n'existent même pas (encore). Pour rendre cela réalisable, une stratégie de plateforme s'impose. Cela signifierait que la protection de la population développe la capacité de réunir l'offre et la demande : qui a besoin de quoi, où, quand et combien ? Les situations difficiles se caractérisent par le manque d'informations et l'incertitude. Les télécommunications sont interrompues, les transports sont entravés, la sécurité n'est pas assurée. L'adéquation de l'offre et de la demande peut être plus ou moins coordonnée. Il serait donc essentiel que l'offre et la demande soient présentées de manière transparente et réaliste et que les fournisseurs et les demandeurs puissent accéder sans entrave à la plateforme.

Quelques mots sur les biens culturels : Comme on peut le voir en Ukraine, la Convention de La Haye sur la protection des biens culturels en cas de conflit armé joue un rôle



La conseillère fédérale Viola Amherd, cheffe du DDPS, a également pris la parole lors de la Conférence de la protection de la population.

important pour la préparation des mesures de protection et la mise au point de normes de comportement à l'intention des troupes. Mais si l'ennemi ne respecte pas ces normes, la convention reste lettre morte.

Deux tactiques sont possibles pour les biens culturels meubles :

1. L'évacuation verticale dans les abris : il faut dans ce cas espérer, comme on l'a déjà vu maintes fois, notamment en Ukraine, que les choses évoluent de telle sorte qu'un jour, le principe d'une restitution des biens culturels volés soit reconnu comme juste et soit mis en œuvre.

2. La seconde tactique consiste en la possibilité d'évacuer les biens culturels à titre préventif malgré les risques représentés par un transport sur une longue distance pour les mettre en lieu sûr, le cas échéant dans un refuge situé à l'étranger, à des fins de conservation fiduciaire. Comme toutes les opérations de ce type, celle-ci ne fonctionnera que si elle a fait l'objet d'exercices préalables.

Permettez-moi encore quelques remarques au sujet de l'alarme et des abris.

Le rapport complémentaire au rapport sur la politique de sécurité 2021 en appelle à un renforcement des compétences de la protection civile en matière d'assistance dans la perspective d'une occupation des abris.

On peut se demander si c'est bien cela qu'il faut retenir de la guerre en Ukraine et si c'est la première des priorités. La majeure partie de la population entrerait dans les abris rapidement et pour un temps limité tant qu'il n'y a pas de danger NBC, c'est-à-dire jusqu'à ce que les projectiles aient explosé ou qu'ils aient été neutralisés. Dans ce contexte, l'assistance n'est pas prioritaire. Après une alarme locale, il faut être prêt le plus vite possible et suffisamment mobile afin d'amener le maximum de personnel et d'engins pour assurer le sauvetage dans les décombres et soigner les blessés après un bombardement.

Il importe donc

1. d'avoir suffisamment d'ouvrages de protection à disposition et que les abris soient prêts, 2. de pouvoir donner l'alarme localement et à court terme sur les zones d'impact possibles, en veillant à ce que la population puisse se rendre rapidement dans les abris ; il s'agit de prévenir l'effet d'accoutumance et de maintenir la discipline,

3. d'indiquer l'accès à l'abri le plus proche en fonction de la localisation de la personne recevant l'alarme. Il faut viser une attribution dynamique des places en fonction de la situation locale.

Il faut donc adapter la conception actuelle, fondée sur le domicile, aux mouvements dynamiques de population. Au moment de l'alarme, certaines personnes peuvent être en train de changer de domicile. Le lieu de travail est souvent différent du domicile et la personne concernée n'est pas forcément chez elle quand l'alarme est donnée. Les nouvelles technologies offrent de nouvelles possibilités d'y remédier. Nous devons impérativement les utiliser et les tester.

En ce qui concerne le profil de performance de la protection civile, on peut postuler, au vu des ravages auxquels la population civile ukrainienne est exposée, qu'un renforcement des compétences en matière de sauvetage revêt une importance capitale.

Et maintenant, que faire sur le plan politique ? Sur la base des enseignements de l'étude exposés plus haut, j'ai déposé quelques interventions au Conseil national (voir encadré). Le Conseil fédéral recommande au Parlement d'accepter le postulat sur les scénarios d'évacuation. Le Conseil national l'a déjà fait. La balle est dans le camp du Conseil des États. En revanche, le Conseil fédéral propose de rejeter le postulat sur le renforcement de la protection des biens culturels. Il estime que les mesures en vigueur suffisent pour protéger adéquatement les biens culturels suisses en cas de conflit armé, de catastrophe ou de situation d'urgence. Je ne partage pas cet avis. Nous verrons à l'issue des débats de quel côté penchera la majorité (...).

Le Conseil fédéral s'est déjà dit prêt à examiner, dans le cadre de l'analyse des capacités de la protection de la population, si et dans quelle mesure une extension des prestations de la protection civile s'impose en matière de sauvetage dans les décombres lors d'un conflit armé.

Dans les grandes lignes, le Conseil fédéral a donné une réponse logique à la question de la plateforme. Il admet qu'il faut se baser sur ce qui existe. Le système de gestion des informations relatives aux ressources (IRES) est à la disposition des cantons et des services de la Confédération. Il n'est en revanche pas prévu d'accès pour les ONG et les volontaires pour le moment. On devrait pourtant s'inspirer des expériences faites en Ukraine pour étudier cette option. Quelqu'un devra s'en souvenir d'ici un an ou deux. Je vais faire en sorte que



Vue de l'assemblée plénière à la Conférence de la protection de la population 2023.

ce soit le cas. Cela fait partie de mon travail de parlementaire.

Il est cependant dommage que différents acteurs poursuivent chacun de son côté un même objectif, comme ce fut le cas avec la motion de 2022 citée plus haut. Les directeurs d'office, les cantons et la CG MPS ont appelé de leurs vœux la mise en place d'un système d'acquisition et de financement unique des tenues de protection. Je me suis réjoui de pouvoir convaincre des collègues de tous les partis, de sorte que le National

a accepté la motion par 121 voix contre 66. Malheureusement, le Conseil des Etats ne l'a pas entendu de cette oreille et a coulé la motion sous le prétexte que la réforme de 2004, fondée sur la péréquation financière, avait imposé un passage du financement par subventions à un système basé sur les compétences. (...) Et c'est ainsi que les meilleures idées et les meilleures intentions finissent dans les tiroirs. C'est aussi cela, la politique.

J'espère qu'il y aura moins de crises à

l'avenir. Mais la nécessité de la protection civile est indiscutable. Au cours la prochaine législature, je continuerai à m'engager pour défendre les intérêts de la protection civile dans des questions importantes comme les effectifs et le système de service. J'espère, et je nous le souhaite – ainsi qu'à la population et au pays – que cela restera le seul défi à relever d'urgence, le seul dossier essentiel de cette législature. (...) Je compte sur votre soutien : nous aurons besoin de vos voix dans les débats publics.

Alignement des montants de la solde des MPCi sur ceux de l'armée

La FSPC salue une « décision logique » du Conseil fédéral

Dans un objectif d'égalité de traitement, les montants de la solde des personnes astreintes au service de la protection civile vont être alignés sur ceux des militaires et ainsi légèrement augmentés. Il s'agit de combler les différences qui existent depuis l'augmentation de la solde des militaires en novembre 2022. C'est lors de sa séance du 1er novembre 2023 que le Conseil fédéral a décidé d'adapter en ce sens l'ordonnance sur la protection civile,

qui entrera en vigueur le 1er janvier 2024 dans sa version modifiée.

La Fédération suisse de la protection civile (FSPC) salue bien évidemment cette décision. « L'ajustement à la hausse des montants de la solde dans la protection civile est à la fois logique et cohérent », souligne ainsi Maja Riniker. Selon la présidente de la FSPC, la population suisse a pris conscience au plus tard lors de la pandémie de Covid-19 puis de

l'accueil des personnes réfugiées d'Ukraine de tout ce qu'accomplit la protection civile dans notre pays ainsi que de la qualité de son engagement.

Dans l'état actuel des effectifs et des jours de service, cette modification entraîne des coûts supplémentaires de l'ordre de 1,3 million de francs par an, lesquels seront pris en charge par l'organe chargé de la convocation, soit en principe le canton.

Participation remarquable de la FSPC à la CPP

La FSPC était représentée à la CPP à Bienne par une imposante délégation. Maja Riniker, présidente de la fédération et membre de la Commission de la politique de sécurité (CPS) du Conseil national, a exposé les impulsions pour le développement de la protection de la population suisse.

Elle a évoqué dans ce contexte l'étude financée par des fonds privés qu'elle a publiée à la fin de l'été et qui traite de cette thématique

sous l'angle des conséquences de la guerre en Ukraine pour notre pays. Daniel Jordi, membre du comité de la FSPC et chef de la Division Protection civile et formation de l'OFPP a quant à lui abordé le thème des ouvrages de protection.

Le vice-président de la FSPC Guido Sohm et les membres du comité Michel Elmer, Sascha Plattner et Frédéric Voirol ont également participé à la conférence.



Sur la photo (de gauche à droite) : Michel Elmer, Maja Riniker, Guido Sohm et Frédéric Voirol. Daniel Jordi et Sascha Plattner ne sont pas sur la photo.

Nous cherchons têtes engagées pour groupes de projet

La toute première conférence des commandants (CoCo) aura lieu le matin du 25 janvier 2024 à Olten. Ce nouvel organe est un élément important des nouvelles structures du FSPC qui entreront en vigueur début 2024, comme l'a approuvé l'AG fin mars. Grâce à la CoCo et à la mise en place de groupes de projet thématiques ad hoc, l'assemblée générale et le comité directeur pourront à l'avenir échanger le plus directement et le plus régulièrement possible, et aborder et discuter des thèmes actuels.

Mais cela n'est possible que si nous trouvons de nombreuses têtes engagées pour aider ces groupes de projet, s'engager, apporter leur savoir et leur expérience. Qui a envie et souhaite prendre le temps de participer à un tel groupe de projet ? Les personnes intéressées sont priées de s'annoncer directement auprès de Guido Sohm : guido.sohm@steffisburg.ch ou tél. 079 344 80 02.

Il est important que nous puissions aborder l'avenir avec un large soutien. Nous vous remercions donc d'avance pour vos réactions.

AGENDA

- **Judi 25 janvier 2024**
Conférence des commandants à Olten
- **Vendredi, 26 avril 2024**
Assemblée générale FSPC, Saint-Gall
- **Mardi, 7 mai 2024**
Séminaire, Olten

EDITORIALE

UN CONFLITTO PUÒ SCOPPIARE NEL GIRO DI POCHE ORE

Il 1° gennaio 1963, data dell'entrata in vigore della legge federale sulla protezione civile, segna l'inizio della moderna protezione civile svizzera. Gli anni successivi sono chiaramente caratterizzati dalla Guerra fredda. Il compito principale della protezione civile non consisteva solo nel realizzare rifugi, ma anche nel prepararli in vista di soggiorni più lunghi. Negli Anni Novanta la protezione civile è stata poi oggetto di varie riforme. Oggi è incentrata principalmente sulla protezione della popolazione da catastrofi naturali e antropiche. Nel 2001 il concetto direttivo della protezione della popolazione affermava che non sussisteva alcuna minaccia di un conflitto armato e il periodo di preallarme era di alcuni anni. Oggi la situazione è cambiata: i conflitti in Ucraina e in Medio Oriente hanno dimostrato che per essere coinvolti in un conflitto bastano alcuni giorni o poche ore.

La Conferenza sulla protezione della popolazione a Bienne ha proposto temi interessanti e di massima attualità. Dopo le parole di benvenuto della consigliera federale Viola Amherd e le informazioni sul conflitto in Ucraina e i sistemi d'allarme, si è passati all'altrettanto importante tema dei rifugi e delle costruzioni di protezione. La protezione civile e la protezione della popolazione devono affrontare la situazione attuale e adattarsi a tutte le sfide che si presenteranno, che si tratti di evacuazioni su larga scala, salvataggi dalle macerie, protezione dei beni culturali o anche l'occupazione dei rifugi.

Alla luce della situazione attuale, la presidente della FSPC Maja Riniker ha presentato in Parlamento diverse mozioni allo scopo di rafforzare e sviluppare ulteriormente la protezione civile. Per saperne di più leggete a pagina 15.

Dando uno sguardo al futuro, la pianificazione e la preparazione in vista di possibili emergenze saranno i capisaldi della protezione della popolazione. Nella speranza che le relative misure non debbano mai essere attuate.

*Michel Elmer,
membro di comitato FSPC*

Discorso della presidente della FSPC
Maja Riniker alla CPP 2023

Lo scenario di «guerra» va ripensato e addestrato

Alla Conferenza sulla protezione della popolazione 2023 tenutasi a Bienne il 9 novembre, la presidente della FSPC e membro della Commissione sulla politica di sicurezza del Consiglio nazionale (CPS-N) Maja Riniker ha illustrato ai presenti gli «Impulsi per l'ulteriore sviluppo della protezione della popolazione svizzera». Ha fatto anche riferimento al suo studio commissionato di recente. Di seguito riportiamo il suo discorso in forma leggermente abbreviata.

(...) Oggi vi aspettate che vi dica come dovrebbe svilupparsi la protezione della popolazione, in particolare per quanto riguarda i rifugi, l'allarme e l'evacuazione. Se quattro anni fa, in questa sede, vi avessi detto che dovevamo ammodernare urgentemente i rifugi, capire come evacuare la popolazione in caso d'emergenza e accingerci a mobilitare parzialmente l'esercito e la protezione civile per diversi mesi, mi avreste sicuramente presa per pazza. Prima che scoppiasse la pandemia di Covid-19, l'ex consigliere nazionale Walter Müller mi ha chiesto se volevo succedergli alla presidenza della Federazione svizzera della protezione civile. Solo qualche settimana più tardi, il Consiglio federale ha mobilitato la protezione civile per supportare il sistema sanitario nella lotta contro la pandemia. Il mondo intero ha dovuto imparare a convivere con questa crisi. La Svizzera ha superato piuttosto bene la prima ondata, ma poi è arrivata la seconda. Il mondo è diventato un posto molto meno sicuro.

Da un sondaggio condotto dal WEF per il «Global Risks Report 2022», emerge chiaramente il sentimento d'insicurezza che pervade la popolazione mondiale. Il 25% degli intervistati si dice preoccupato, oltre il 60% dichiara di sentirsi insicuro. Queste cattive prospettive

sollevano la domanda: in che modo le istituzioni possono offrire maggiore sicurezza alla popolazione?

(...) Dobbiamo affrontare l'instabilità geopolitica e trarre le debite conclusioni per migliorare la sicurezza e la protezione della popolazione svizzera. La guerra ci ha forse colti di sorpresa, ma non è arrivata senza preavvisi. Che Putin fosse pericoloso, lo sapevamo da tempo. (...) Nel luglio 2021, ha pubblicato una dichiarazione in cui nega l'esistenza dell'Ucraina come nazione indipendente. Nell'autunno del 2021 ha riunito le sue truppe al confine con l'Ucraina. E la mattina del 24 febbraio 2022, ha invaso l'Ucraina lasciandoci tutti sbigottiti.

Gli Ucraini lottano non solo per il loro Paese e la loro sopravvivenza, ma anche per i principi di libertà, democrazia e di Stato di diritto che contraddistinguono il nostro mondo occidentale. Alcuni sono riusciti a fuggire e chi è rimasto cerca riparo in cantina quando suonano le sirene. Purtroppo i rifugi come li intendiamo noi non sono così diffusi in Ucraina.

La guerra è quindi uno scenario che va ripensato e addestrato. La protezione della popolazione e la formazione in materia devono essere nuovamente orientate a questo scenario. Dopo lo scoppio del conflitto, il DDPS ha commissionato un'analisi delle conseguenze della guerra in Ucraina sulle capacità del nostro esercito e della protezione della popolazione. I risultati di quest'analisi sono riportati nel Rapporto complementare al rapporto sulla politica di sicurezza 2021. Vi si afferma che «negli ultimi decenni la protezione della popolazione è stata improntata meno agli scenari di guerra e maggiormente alle catastrofi e alle situazioni d'emergenza con cause di altra natura», e che i compiti, l'organizzazione e le competenze del sistema integrato della protezione della popolazione dovranno essere adeguati nell'ottica di un conflitto armato.

Nel rapporto sulla politica di sicurezza manca purtroppo la descrizione dettagliata di uno scenario che minaccia la nostra esistenza. Se la guerra occupa il primo posto nella graduatoria dei peggiori scenari ipotizzabili, la protezione della popolazione necessita di capacità scalabili in funzione degli eventi. Non tenere conto dello scenario di guerra sarebbe un atto irresponsabile nei confronti delle generazioni future, poiché non si metterebbe a repentaglio solo la sopravvivenza della popolazione, ma anche quella dello Stato.

Per questo motivo ho commissionato uno studio finanziato privatamente. (...) Da questo studio ho tratto, insieme ai miei coautori, importanti conclusioni per le capacità e le

competenze della protezione della popolazione svizzera.

È purtroppo emerso che lo scenario della guerra deve essere ripensato e addestrato. I contenuti dei corsi di formazione devono essere adattati di conseguenza. Dobbiamo adottare un approccio congiunto più ampio. Dobbiamo ripartire meglio tra esercito, protezione civile, pompieri e aziende i compiti legati al salvataggio dalle macerie durante scenari d'emergenza. Per fortuna, il materiale tecnico dei pionieri è molto buono. In caso di catastrofe naturale, i pompieri giungono solitamente subito sul luogo del sinistro. La protezione civile giunge poi sul posto con il materiale dei pionieri e le imprese di costruzione locali arrivano con le macchine da cantiere. Abbiamo già ripetutamente dimostrato di essere in grado di coordinare questa collaborazione durante gravi scenari. In caso di guerra, un manovratore di escavatrice potrebbe però essere chiamato alle armi e non essere disponibile in caso di un sinistro.

Se quanto sta accadendo in Ucraina si verificasse in Svizzera - tralasciando la plausibilità politica di un tale scenario poiché toccherebbe anche i nostri Paesi limitrofi con relative interazioni come, ad esempio, flussi di rifugiati - ci troveremo di fronte al seguente scenario:

- Il 20% del territorio svizzero verrebbe occupato, ad esempio i Cantoni di San Gallo, Turgovia, Appenzello Interno ed Esterno, Sciaffusa, Zurigo, compresa la città di Zurigo, parti del Canton Argovia e le grandi valli dei Grigioni. Una parte considerevole del potenziale industriale svizzero verrebbe quindi a trovarsi in territorio occupato o lungo le linee

«Nel rapporto sulla politica di sicurezza manca purtroppo la descrizione dettagliata di uno scenario che minaccia la nostra esistenza».

del fronte.

- 1,7 milioni di abitanti fuggirebbero immediatamente dal Paese e cercherebbero rifugio nei Paesi vicini, di cui circa 0,5 milioni in territorio nemico.

- 1,5 milioni di sfollati cercherebbero rifugio in regioni della Svizzera meno colpite.

- Ogni mese, oltre 50 civili morirebbero in seguito agli effetti diretti e indiretti del conflitto.

- Tutte le città svizzere non ancora occupate, da Ginevra fino a Brugg, poco prima del fronte in prossimità del «Castello d'acqua» (...), e le infrastrutture energetiche di questa regione, verrebbero ripetutamente prese di mira durante la notte con missili da crociera e balistici.



Anche la consigliera federale e capo del DDPS Viola Amherd è intervenuta alla conferenza sulla protezione della popolazione.

- A causa dei bombardamenti, milioni di persone verrebbero tagliate fuori dall'accesso all'acqua potabile, ai prodotti alimentari, all'elettricità, agli oli minerali, al gas e alle telecomunicazioni.

- La centrale nucleare di Beznau verrebbe occupata. La sua area verrebbe ripetutamente colpita dall'artiglieria e si dovrebbero spegnere i conseguenti incendi. I due reattori ad acqua leggera verrebbero scollegati dalla rete elettrica. Il rischio di un incidente nucleare aumenterebbe di giorno in giorno.

- Le organizzazioni civili di salvataggio sarebbero oberate e non riuscirebbero più a garantire la capacità di resistenza. Anche il sistema sanitario sarebbe sovraccarico e confrontato con difficoltà di rifornimento di medicinali salvavita.

- L'approvvigionamento del Paese dipenderebbe in gran parte dagli aiuti internazionali, che con grande probabilità potrebbero entrare in Svizzera solo attraverso l'autostrada A40/A1 via Ginevra e le linee ferroviarie ancora intatte sui confini sud e nord-ovest.

- Oltre 80 km² di riserve naturali verrebbero distrutte e sarebbe impossibile ripristinarle; a causa della penuria di energia verrebbero addirittura allentate le restrizioni sul taglio della legna.

La domanda da porsi non è tanto quanto plausibile sia questo scenario, ma se la Svizzera sarebbe in grado di resistere a uno scenario di tali dimensioni e con simili conseguenze. È fondamentale individuare le minacce che potremmo essere costretti ad affrontare in caso di conflitto. Per considerazioni politiche, finanziarie o di altro genere, si potrà poi sempre decidere se prepararsi solo per singoli sottosettori o per proporzioni ridotte.

Di seguito, riportiamo i principali insegnamenti che abbiamo tratto dallo studio:



Ha anche tenuto una conferenza a Bienne: la giornalista SRF Luzia Tschirky.

le evacuazioni su vasta scala pongono le autorità di fronte a grandi sfide. L'attuale scenario d'evacuazione, addestrato nell'ambito di un'esercitazione di Stato maggiore, si basa su un incidente in una centrale nucleare in Svizzera. Questo scenario è una reminiscenza della catastrofe nucleare di Fukushima del

Per quanto riguarda le piattaforme, abbiamo fatto le seguenti considerazioni: le organizzazioni di salvataggio e di protezione statali non resisterebbero a lungo in caso di guerra. Le esigenze e le richieste d'aiuto diventerebbero così numerose e complesse, che lo Stato non sarebbe più in grado di soddisfarle da solo. Ciò che funzionava trent'anni fa, oggi non funziona quasi più a causa delle crescenti interdipendenze economiche e tecnologiche.

La guerra in Ucraina dimostra che le lacune non colmabili dallo Stato vengono colmate da organizzazioni umanitarie, iniziative private ad hoc e ONG. E con ONG non s'intendono solo quelle riconosciute, ma anche ONG popolari ucraine e straniere con differenti obiettivi, dimensioni e gradi di organizzazione. La strategia della protezione della popolazione svizzera dovrebbe porre l'accento sulla scalabilità delle prestazioni e coinvolgere anche attori statali stranieri e attori non statali, in parte ancora inesistenti. Ciò sarebbe attuabile con una strategia di piattaforma. Per strategia di piattaforma s'intende la capacità della protezione della popolazione di far

sure di protezione dei beni culturali e definire le norme di comportamento per le proprie truppe. Se ciononostante il nemico ignora tali norme, viene meno il principio di fiducia reciproca sancito dalla convenzione.

Esistono due tattiche per portare in salvo i beni culturali mobili:

1. L'evacuazione verticale in rifugi - la guerra in Ucraina dimostra una volta in più che l'evacuazione verticale si fonda sulla speranza che dopo il conflitto i beni culturali rubati verranno restituiti ai legittimi proprietari.
2. L'evacuazione dei beni culturali in zone sicure nonostante i rischi derivanti dai lunghi trasporti. Se possibile, i beni vengono addirittura trasportati in luoghi sicuri all'estero, per un deposito a titolo fiduciario, al fine di proteggerli contro eventuali furti e saccheggi. Ma come per tutte le operazioni di questo tipo, l'evacuazione funziona solo se viene esercitata preventivamente.

Consentitemi alcune precisazioni riguardo all'allarme e ai rifugi.

Il Rapporto complementare al rapporto sulla politica di sicurezza 2021 suggerisce di rafforzare le competenze d'assistenza della protezione civile alla popolazione qualora dovesse venire ordinata l'occupazione dei rifugi.

Ci chiediamo se sia una giusta conseguenza tratta dalla guerra in Ucraina e se sia veramente la misura più prioritaria. Solitamente, l'occupazione dei rifugi avviene con breve preavviso fintanto che non sussiste una minaccia NBC acuta, e solo per brevi periodi finché i bombardamenti non sono terminati. In questi casi l'assistenza non è prioritaria. Dopo un allarme locale, si tratta quindi di essere pronti e sufficientemente mobili per portare il maggior numero possibile di militi e attrezzature sul luogo dei bombardamenti per i salvataggi dalle macerie e i soccorsi sanitari.

Pertanto è importante che

1. ci sia sufficiente infrastruttura di protezione e che i rifugi siano pronti;
2. sia possibile dare l'allarme localmente e con breve preavviso in caso di pericolo e informare la popolazione sui possibili bersagli dei bombardamenti. L'obiettivo prioritario è garantire che i cittadini possano raggiungere rapidamente i rifugi più vicini. In questo modo si evita l'assuefazione all'allarme e si mantiene la disciplina;
3. sia possibile segnalare il percorso verso il rifugio più vicino in base all'attuale posizione della persona allertata. Si punta pertanto a un'attribuzione dei rifugi ben pianificata e flessibile in funzione dell'emergenza. Di conseguenza, l'attuale attribuzione dei posti protetti basata sul luogo di domicilio deve essere adattata e tenere conto degli spostamenti della popolazione. Quando scatta un

Conclusioni tratte dallo studio di Maja Riniker

La presidente della FSPC Maja Riniker ha colto l'occasione dell'aggressione della Russia contro l'Ucraina per far redigere uno studio, finanziato privatamente, che analizza gli effetti della guerra sulla popolazione ucraina al fine di trarre conclusioni per la protezione della popolazione svizzera. Per l'esponente del PLR è chiaro che la Svizzera è responsabile di preparare il suo sistema di protezione della popolazione a uno scenario di guerra. A suo avviso, ciò impone modifiche delle basi strategiche. Si tratterebbe di

- concepire e pianificare gli scenari d'evacuazione su una scala molto più ampia;
- esaminare la scalabilità e l'interconnessione delle prestazioni delle OGN e dei volontari tramite un'apposita piattaforma per la loro integrazione nella protezione della popolazione;
- verificare se le piattaforme esistenti, come la Gestione federale delle risorse, possano essere utilizzate o ampliate a tal fine;
- pianificare ed esercitare l'evacuazione orizzontale di beni culturali mobili su lunghe distanze.



Link allo studio in tedesco: www.szsv-fspc.ch/studie o codice QR.

2011. La conseguenza più grave descritta nello studio è quindi un'evacuazione su vasta scala dopo un incidente in una centrale nucleare con emissione di sostanze radioattive nell'ambiente.

Nel caso della centrale nucleare di Mühleberg (nel frattempo spenta), l'evacuazione concernerebbe circa 600'000 persone con dimora fissa. Rispetto a un attacco militare, questo scenario può essere delimitato geograficamente ed è più facile da pianificare.

Le autorità dovrebbero però prendere in considerazione scenari di maggiori proporzioni. Come detto, un conflitto può causare 1,5 milioni di sfollati interni e 1,7 milioni di profughi che sconfinano.

incontrare domanda e offerta: chi ha bisogno di cosa, dove, quando e in che qualità?

Nelle situazioni caotiche regnano la carenza d'informazioni e l'insicurezza. I collegamenti telefonici sono interrotti, molti assi viari sono impercorribili e la situazione nel campo della sicurezza è incerta. Diventa quindi difficile o addirittura impossibile coordinare la domanda e l'offerta. In simili casi, chi offre e richiede aiuto dovrebbe invece poter accedere alla piattaforma senza ostacoli.

Qualche parola sui beni culturali:

la guerra in Ucraina ha dimostrato che la Convenzione dell'Aia per la protezione dei beni culturali in caso di conflitto armato è uno strumento importante per preparare le mi-

Interventi parlamentari della presidente della FSPC

- 16.06.2022: Mozione - Rafforzare la protezione civile svizzera con un'acquisizione efficiente dell'equipaggiamento personale.
- 15.06.2023: Postulato - Concepire e pianificare gli scenari d'evacuazione su una scala molto più ampia.
- 15.06.2023: Postulato - Maggiore protezione dei beni culturali in Svizzera.
- 13.06.2023: Interpellanza - L'analisi delle capacità della protezione civile deve comprendere gli scenari «atti di guerra» e «salvataggio dalle macerie».
- 13.06.2023: Interpellanza - Esaminare la scalabilità delle piattaforme esistenti per un uso nella protezione della popolazione ed effettuare i preparativi necessari.

allarme, molte persone sono lontane dal loro domicilio per lavoro, svago o altro. Per ovviare a questo inconveniente esistono nuove tecnologie che offrono nuove opportunità. Si tratta di sfruttarle ed esercitarle al più presto. Per quanto riguarda il profilo delle prestazioni della protezione civile, alla luce delle devastazioni e dei danni subiti dalla popolazione ucraina, si può affermare che il rafforzamento delle capacità di salvataggio è sicuramente una priorità.

Ma cosa possiamo aspettarci dalla politica? Sulla base dei succitati insegnamenti tratti dallo studio, ho depositato alcuni interventi in Consiglio nazionale (vedi riquadro sopra). Il Consiglio federale raccomanda al Parlamento di approvare il postulato sugli scenari d'evacuazione. Il Consiglio nazionale ha accolto il postulato. Tocca ora al Consiglio degli Stati esprimersi in merito. Il Consiglio federale sconsiglia invece l'adozione del postulato sulla protezione rafforzata dei beni culturali. A suo avviso si adottano già sufficienti misure per proteggere adeguatamente i beni culturali in Svizzera in caso di conflitto armato, catastrofe o situazione d'emergenza. Sono curiosa di vedere (...) se la maggioranza la pensa come il Consiglio federale o come me. Per quanto riguarda l'analisi delle capacità della protezione della popolazione, il Consiglio federale si è dichia-

rato disposto a chiarire se e in che misura è necessario estendere le prestazioni della protezione civile nel campo del salvataggio dalle macerie in caso di conflitto armato. La risposta del Consiglio federale riguardo

«Per strategia della piattaforma s'intende la capacità della protezione della popolazione di far incontrare domanda e offerta. Chi ha bisogno di cosa, dove, quando e in che qualità?»

alle piattaforme è stata chiara: si devono potenziare quelle esistenti. Il Sistema di gestione delle informazioni sulle risorse (iRES) è a disposizione dei Cantoni e degli organi federali. Al momento non è previsto un accesso al sistema iRES per le ONG e i volontari. Questa opzione dovrà tuttavia essere riesaminata sulla base delle esperienze della guerra in Ucraina. Farò quindi tutto il possibile affinché

fra un anno o due si torni su questo aspetto.

Sono dispiaciuta che la mozione del 2022 sia stata respinta, soprattutto perché era stata auspicata da diverse parti. I

direttori degli uffici, i cantoni e la CG MPP avevano chiesto l'acquisizione e il finanziamento dell'equipaggiamento personale da parte della Confederazione. Ero riuscita a convincere i colleghi di tutti i partiti a soste-

nere la nostra causa e la mozione era passata in Consiglio nazionale con 121 voti a favore e 66 contrari. Purtroppo, il Consiglio degli Stati non era dello stesso parere e ha respinto la mozione, argomentando che con la riforma della protezione civile del 2004, basata sui principi della Nuova perequazione finanziaria (NPC), si è passati dal versamento dei sussidi al finanziamento da parte dell'organo competente. (...) E così è stata affossata un'idea con ottime intenzioni e condivisa da molti. La politica è anche questo.

Mi auguro che in futuro ci saranno meno crisi. La necessità della protezione civile rimane indiscutibile. Mi impegnerò quindi, anche nella prossima legislatura, a difendere i temi importanti della protezione civile, come l'apporto di personale e l'obbligo di prestare servizio. Spero che saranno le uniche sfide urgenti da affrontare nella prossima legislatura. (...) Come sempre conto sul vostro aiuto; il vostro parere è molto prezioso per il dibattito pubblico.



La presidente della FSPC Maja Riniker durante il suo discorso alla CPP 2023 di Bienne.

BABS/DMA

Il soldo della protezione civile parificato a quello dell'esercito

La FSPC soddisfatta della decisione del Consiglio federale

L'ammontare del soldo versato ai militi della protezione civile si basa su quello dei militi dell'esercito. Poiché a novembre 2022 il soldo dei militari è aumentato, sussistono attualmente delle differenze tra le indennità versate. Per garantire la parità di trattamento, sarà pertanto adeguato anche l'ammontare del soldo dei militi della protezione civile. È quanto ha deciso il Consiglio federale nella sua seduta del 1° novembre 2023. La relativa

modifica dell'ordinanza sulla protezione civile entrerà in vigore il 1° gennaio 2024.

La Federazione svizzera della protezione civile (FSPC) accoglie favorevolmente la decisione del governo federale. «L'aumento del soldo per la protezione civile è una decisione logica e coerente» sostiene la presidente della FSPC Maja Riniker. Sia durante gli impieghi nazionali per far fronte alla pandemia di Covid-19,

sia negli impieghi per assistere i profughi provenienti dall'Ucraina, la protezione civile ha dato prova di grande impegno e di essere all'altezza di fronteggiare le emergenze.

Sulla base degli effettivi e dei giorni di servizio attuali, la modifica dell'ordinanza sulla protezione civile per la parificazione del soldo comporterà costi supplementari pari a circa 1,3 milioni di franchi all'anno.

La FSPC ben rappresentata alla CPP 2023

Alla Conferenza sulla protezione della popolazione 2023 a Bienne era presente anche un'ampia delegazione della FSPC. Nel suo discorso, la presidente della FSPC Maja Riniker, membro della Commissione sulla politica di sicurezza (CPS-N), ha parlato degli «Impulsi per l'ulteriore sviluppo della protezione della popolazione svizzera», avvalendosi dei risultati di uno studio pubblicato alla fine dell'estate e finanziato privatamente, che affronta questo tema anche alla luce delle conseguenze della guerra in Ucraina per la Svizzera. Daniel Jordi, membro del comitato FSPC e capo della divisione Protezione civile e formazione all'UFPP, ha invece parlato delle costruzioni di protezione. Alla conferenza erano inoltre presenti il vicepresidente della FSPC Guido Sohm e i membri di comitato Michel Elmer, Sascha Plattner e Frédéric Voirol.

Nella foto (da sinistra): Michel Elmer, Maja Riniker, Guido Sohm e Frédéric Voirol. Mancano Daniel Jordi e Sascha Plattner.



Cercasi menti impegnate per gruppi di progetto

La mattina del 25 gennaio 2024 si terrà a Olten la prima Conferenza dei Comandanti (CoCo). Questo nuovo organismo è una parte importante delle nuove strutture della FSPC che entreranno in vigore all'inizio del 2024, come approvato dall'Assemblea generale alla fine di marzo. Con il KoKo e la creazione di gruppi di progetto tematici ad hoc, l'Assemblea generale e il Consiglio direttivo dovrebbero essere in grado in futuro di scambiarsi informazioni il più possibile dirette e regolari e di riprendere e discutere temi di attualità.

Tuttavia, ciò sarà possibile solo se troveremo numerose persone impegnate a dare una mano in questi gruppi di progetto, a farsi coinvolgere e a contribuire con le loro conoscenze ed esperienze. Chi è interessato e vuole dedicare del tempo a partecipare a questo gruppo di progetto? Se siete interessati, contattate direttamente Guido Sohm: guido.sohm@steffisburg.ch o Tel. 079 344 80 02. È importante poter affrontare il futuro con una base ampia. Grazie mille in anticipo per il vostro feedback.

AGENDA

- **Giovedì 25 gennaio 2024**
Conferenza dei comandanti a Olten
- **Venerdì 26 aprile 2024**
Assemblea generale a San Gallo
- **Martedì 7 maggio 2024**
Convegno a Olten

Zone 4



Zonenleiter: Guido Sohm, Telefon 033 439 44 62, Mobile 079 344 80 02
guido.sohm@steffisburg.ch

Erfolgreiche Ausbildung zum Kompaniekommandanten

In diesem Jahr haben im Kanton Bern fünf Kameraden die Ausbildung zum Kompaniekommandanten erfolgreich abschliessen können. Nebst dem KK Führung Kompanie beim BABS und dem durch das BSM begleiteten Praktikum absolvierten alle erfolgreich den Kurs Einsatzführung 2 zusammen mit den Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst. Für ihre zukünftige Funktion wünschen wir allen Kameraden alles Gute und gutes Gelingen.

Fachbereich Ausbildung & Einsatz, BSM Bern



Von links: Regierungspräsident Philippe Müller, Patrick Mühlheim, Michael Alexander Vischer (beide Kdt. Stv. ZSO Nidau+), Adrian Hostettler (Kdt. Stv. ZSO Gürbetal), Janosch Wenger (Kdt. ZSO Alpenregion), Andreas Fährdrich (Kdt. ZSO Kiesental).

Funktionswechsel im Kommando der Zivilschutzorganisation Region Kirchbergplus

Im Rahmen der geplanten Nachfolgeregelung aufgrund der Pensionierung des bisherigen Zivilschutzkommandanten per 30. April 2024 erfolgte der Kommandowechsel per 1. November 2023.

Dominique-Bert Bösiger übernimmt die Funktion als Zivilschutzkommandant und Geschäftsstellenleiter. Walter Honegger wird bis zu seiner ordentlichen Pensionierung am 30. April 2024 die Funktion als Kommandant Stellvertreter besetzen.

Die Kontaktdaten per 1. November 2023 sind:



Dominique-Bert Bösiger (links) übernimmt das Kommando von Walter Honegger.

Dominique-Bert Bösiger
 Kommandant
 Geschäftsstellenleiter
dominique.boesiger@zsorkplus.ch
 034 445 47 85
 079 810 92 82

Walter Honegger
 Kommandant Stellvertreter
walter.honegger@zsorkplus.ch
 034 445 47 85
 079 659 59 14

Zone 6



Zonenleiter: Gregor Müller, Telefon 062 776 04 21
gregor.mueller@zso-aargausued.ch

Kdt Treff des Aarg. Zivilschutzverbandes

Unterstützung in Katastrophen und Notlagen

Der alljährlich stattfindende Kdt Treff des Aargauischen Zivilschutzverbandes thematisierte die Unterstützung der Bevölkerung in Extremsituationen und fand am 13. November in Reiden und Altshofen statt. Rund 60 Personen aus Politik, Zivilschutz, Armee, Polizei und Partnern aus dem Bevölkerungsschutz nahmen an diesem Anlass teil, welcher bei den beiden Firmen Liebherr-Baumaschinen AG und Galliker Transport AG stattfand.

Ausgangspunkt des Anlasses waren die Bereitstellungsverträge der Armee, welche in Katastrophen und Notlagen zum Tragen kommen. Die Erkenntnisse daraus, aber auch der aktuelle Stand der Vorbereitungsarbeiten sind von grösstem Interesse. Die beiden Firmen Liebherr-Baumaschinen AG und Galliker Transport AG sind als zivile Partner in die Logistikprozesse der Armee eingebunden und stehen zur Unterstützung bereit. Die Vertreter aus der nationalen Politik, Ständerat Thierry Burkart und Nationalrätin Maja Riniker wiesen in ihren Referaten beide darauf hin, dass die Schweiz die Bedrohung aus der geopolitischen Lage in den letzten Jahrzehnten ignoriert und von einer vermeintlichen Stabilität ausgegangen ist. Dies rächt sich nun und gipfelt in einem grossen Nachholbedarf an Neukonzeptionen, Mitteln, Ressourcen und Finanzen.

Wichtige zivile Partner

Die beiden CEO der Firmen Liebherr-Baumaschinen AG, Marcel Hartl, und Galliker Transport AG, Peter Galliker, stellten ihre Firmen vor und zeigten eindrücklich ihr vorhandenes Potenzial auf. In beiden Firmen gehören hohe Qualitätsansprüche, Innovationskraft und die Leaderposition im jeweiligen Tätigkeitsgebiet zu den obersten Zielsetzungen. Die Führungen auf den beiden Firmenarealen waren äusserst interessant und zeigten auf, welche grossartige Unterstützung durch zivile Partner im Bedarfsfall in Anspruch genommen werden kann.

Mit den Referaten «Nutzung nationales Potenzial» durch Oberstlt i Gst Bruno Pflugi, «Armee – Ihr Partner im Sicherheitsverbund» von Oberst Cédric Ruckli, sowie dem Bericht über die «(Impfstoff-) Logistik in der Pandemie – (Re-)Agieren in der Krise» durch Oberst



Peter Galliker, CEO der Galliker Transport AG, stellte als wichtiger ziviler Partner sein Unternehmen vor.



Maschinenpark der Liebherr-Baumaschinen AG. Auch diese Firma ist im Bedarfsfall ein wichtiger ziviler Partner.

i GSt Dan Aeschbach wurde vertieft auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit eingegangen. Cédric Ruckli schloss sein Referat mit den treffenden Worten: Ohne Partner keine Sicherheit – Sicherheit verbindet.

Viele Erkenntnisse der Teilnehmenden

Dem Präsidenten des Aargauischen Zivilschutzverbandes, Romuald Brem, gehörte das Schlusswort. Mit dem Dank an die beiden Unternehmen, die verschiedenen Referenten aus Politik und Armee sowie den umsichtigen Organisator und Unterstützer des Tages, Oberst Simon Oeschger, schloss er einen äusserst interessanten und spannenden Tag ab. Anstelle von Geschenken tätigte der AZSV zwei Spenden an wohltätige Organisationen: Im Namen von Liebherr-Baumaschinen AG wurde die Stiftung Theodora Hunzenschwil – Freude und Lachen für Kinder im Spital berücksichtigt, im Namen von Galliker Transport AG die Stiftung Brändi in Sursee, der Arbeitsort von 190 Menschen mit geistiger oder körperlicher Beeinträchtigung. Die Teilnehmer waren vom Anlass begeistert und nahmen viele Erkenntnisse aus den verschiedenen Präsentationen mit, um möglichst vorbereitet im Fall von Katastrophen und Notlagen Unterstützung leisten zu können.

Romuald Brem



Romuald Brem, Präsident des Aargauischen Zivilschutzverbandes, referierte vor den Teilnehmenden.

Übung Sonderlage im Kernkraftwerk Beznau

Verstärken der Zusammenarbeit durch intensives Üben



Übungsort der Sonderlage war das Kernkraftwerk Beznau.

Die Kantonspolizei Aargau führt jährlich die sogenannte Sonderlagen- beziehungsweise Volltruppenübung durch. Nachdem sie im vergangenen Jahr den Ernstfall im Aarauer Grossratsgebäude trainiert hatte, fand die Übung in diesem Jahr Anfang November beim Kernkraftwerk Beznau statt. Die Polizei trainierte die Bewältigung von ausserordentlichen Bedrohungslagen. Dabei ging es um die Themen Geiselnahmen, Terror und Sabotagen.

An der Übung beteiligten sich zahlreiche Angehörige der Kantonspolizei, die unter realitätsnahen Bedingungen übten. Während des Bewältigens dieser Sonderlage mussten sich die Sicherheitskräfte mit einem weiteren Szenario beschäftigen. Sechs eindringende Demonstranten, gespielt von Aargauer Zivilschutzern, versuchten mit ihrer Aktion, den Kraftwerkbetreiber zur Abschaltung der Anlage zu bewegen. Die Übung umfasste zudem Flugbewegungen über der Region, wobei

auch Flugzeuge der Schweizer Luftwaffe zum Einsatz kamen.

Die wesentliche Erkenntnis aus dieser Übung lautet: Die Partnerorganisationen im Bevölkerungsschutz müssen ihre Zusammenarbeit durch intensives Üben verstärken, gemäss dem berühmten Slogan «KKKK» – in Krisen Köpfe und deren Kompetenzen kennen.



Übungsmässiges «Eindringen» in das Kernkraftwerk Beznau, gespielt durch Aargauer Zivilschutzern.



Das SZSV-Sackmesser

Bei unserem Finanzverantwortlichen zu beziehen:
Unser SZSV-Sackmesser von Victorinox.

Willkommen in der Welt des Offiziersmessers, dem Ursprung des legendären Schweizer Sackmessers. Und die Legende lebt weiter im Victorinox Explorer. Dieses wurde konzipiert, um Ihnen bei jeder noch so kniffligen Aufgabe weiterzuhelfen. Mit seinen 16 Funktionen können Sie so gut wie alles öffnen, schneiden oder auseinanderbauen – und auch wieder zusammensetzen. Und mit Hilfe der Lupe sehen Sie auch die kleineren Dinge ganz klar.

- Taschenmesser mit 16 Funktionen, hergestellt in der Schweiz *
 - Höhe 22mm, Länge 91 mm, Gewicht 101 g
- Stück, inklusive Leder-Gürteletui

zum exklusiven Vorzugspreis: CHF 30.–
exkl. Porto/Verpackung

* Die Funktionen: Klinge gross, Klinge klein, Schere, Kapselheber, Korkenzieher, Dosenöffner, Pinzette, Lupe, Schraubendreher 6 mm, Schraubendreher 3 mm, Phillips Schraubendreher 1/2, Drahtabisolierer, Stech-Bohr-Nähahle, Ring, Mehrzweckhaken, Zahnstocher



BESTELLUNGEN finanzen@szsv-fspc.ch oder Sekretariat SZSV, Grüнауweg 17, 5726 Unterkulm

Bitte geben Sie die Rechnungs-/Versandadresse sowie die gewünschte Stückzahl an.



Die Zukunft
des Zivilschutzes
ist auch weiblich.

Unser Verbands-
sekretariat ist
unter dieser
Adresse erreichbar:

Sekretariat SZSV, Manuela Basso
Grüнауweg 17, 5726 Unterkulm
E-Mail: kontakt@szsv-fspc.ch

«Wir arbeiten an
unserer Zukunft.»

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Schweizerischer Zivilschutzverband SZSV | zivilschutz-schweiz.ch
SEKRETARIAT SZSV Manuela Basso, Grüнауweg 17, 5726 Unterkulm | E-Mail: kontakt@szsv-fspc.ch
REDAKTION | DRUCKVORSTUFE chilimedia GmbH, 4600 Olten, Telefon 062 207 00 40 | chilimedia.ch
DRUCK | VERSAND Dietschi Print&Design AG, 4601 Olten, Telefon 062 205 75 75 | dietschi-pd.ch
NR. 04|2023 | Erscheinung: viermal jährlich